

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

6.5.1932 (No. 105)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. A. M. e. n. b.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. Samstag 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatte, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher-Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerücknahme, zwanngswiseiger Beitreibung und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Währungsdruck, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verpölet, in beschränkter Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Benutzung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsbasis erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Antikliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Zur Reichspräsidentenwahl in Baden

Von August Albert, Karlsruhe

Das Gesamtergebnis der Reichspräsidentenwahl am 10. April hat sich gegenüber dem des ersten Wahlgangs vom 13. März nur ganz unmerklich verändert. Es wurden nur 43 Stimmen weniger abgegeben als im ersten Wahlgang, wo 1 285 960 oder 81,7 Proz. aller Stimmberechtigten zur Wahl schritten, während am 10. April 81,6 Proz. abgestimmt haben. Die Wahlbeteiligung in den einzelnen Amtsbezirken hat sich beim zweiten Wahlgang gegenüber dem ersten ebenfalls nur ganz unwesentlich verschoben. Über 80 Proz. liegen die Amtsbezirke Mefkirch, Pfullendorf, Stodach, Überlingen, Konstantz, Donaueschingen, Säckingen, Lörrach, Schopfheim, Freiburg, Neustadt, Emmendingen, Lahr, Billingen, Kehl, Karlsruhe, Ettlingen, Bretten, Sinsheim, Wiesloch, Mannheim, Weinheim, Heidelberg, Adelsheim, Mosbach, Buchen, Tauberbischofsheim und Wertheim. Zwischen 70 und 80 Proz. Wahlbeteiligung liegen die Amtsbezirke Engen, Waldshut, Müllheim, Staufeu, Waldkirch, Wolfach, Oberkirch, Offenburg, Bühl, Raftatt, Pforzheim, Bruchsal.

Gegenüber dem ersten Wahlgang wurden mehr als 100 Stimmen abgegeben in den Amtsbezirken Schopfheim (134), Mefkirch (144) und Wertheim (195), mehr als 200 in den Amtsbezirken Stodach (262), Wolfach (256), Offenburg (250), Bruchsal (272), Adelsheim (239), mehr als 300 in den Amtsbezirken Pfullendorf (304), Staufeu (302), Billingen (353), Buchen (361), Tauberbischofsheim (360), mehr als 400 in den Amtsbezirken Säckingen (420), Waldkirch (441), Bretten (419), mehr als 500 in den Amtsbezirken Überlingen (531), Müllheim (597), Ettlingen (503), Mosbach (539), mehr als 600 in den Amtsbezirken Engen (692), Lahr (620), Karlsruhe (604), mehr als 700 in den Amtsbezirken Donaueschingen (779), Oberkirch (706), Sinsheim (748), über 1000 in den Amtsbezirken Waldshut (1199), Emmendingen (1123), Bühl (1623). Weniger Stimmen als beim ersten Wahlgang wurden abgegeben in den Amtsbezirken Raftatt (34), Wiesloch (83), Lörrach (131), Kehl (182), Weinheim (237), Neustadt (467), Freiburg (486), Konstantz (507), Pforzheim (1468), Heidelberg (1839), Mannheim (9387).

Reichspräsident von Hindenburg hatte einen Stimmenzuwachs bis zu 100 Stimmen zu verzeichnen im Amtsbezirk Wiesloch (49), mehr als 100 Stimmen in den Amtsbezirken Mefkirch (144) und Neustadt (114), mehr als 200 in den Amtsbezirken Stodach (260), Wertheim (261), mehr als 300 in den Amtsbezirken Pfullendorf (307), Donaueschingen (315), Säckingen (378), Schopfheim (383), Billingen (351), Ettlingen (393), Bretten (309), Mosbach (361), Buchen (327), Tauberbischofsheim (381), mehr als 400 in den Amtsbezirken Überlingen (494), Engen (423), Müllheim (485), Karlsruhe (496), Pforzheim (471), Bruchsal (414), Heidelberg (444), Adelsheim (427), mehr als 500 in den Amtsbezirken Oberkirch (579), Raftatt (537), Sinsheim (541), mehr als 600 in den Amtsbezirken Bühl (615), Kehl (666), Wolfach (675), mehr als 700 in den Amtsbezirken Waldkirch (761) und Lahr (722), mehr als 800 im Amtsbezirk Konstantz (880), über 1000 in den Amtsbezirken Waldshut (1039), Lörrach (1079), Freiburg (1235), Emmendingen (1261), Offenburg (1225). Weniger Stimmen als im ersten Wahlgang erhielt Reichspräsident von Hindenburg in den Amtsbezirken Staufeu (6), Neustadt (219), Mannheim (2268).

Gegenüber der Wahl vom 13. März hat Hitler einen Stimmenverlust aufzuweisen: in den Amtsbezirken Pfullendorf (118), Kehl (17) und Adelsheim (37). Sein Stimmenzuwachs betrug mehr als 100 Stimmen in dem Amtsbezirk Wolfach (133), mehr als 200 im Amtsbezirk Mefkirch (211), mehr als 300 in den Amtsbezirken Überlingen (334) und Buchen (395), mehr als 400 in den Amtsbezirken Säckingen (488), Waldkirch (429), Oberkirch (451), Tauberbischofsheim (453), Wertheim (451), mehr als 500 in den Amtsbezirken Stodach (573), Müllheim (599), Staufeu (525), Wiesloch (505), mehr als 600 in den Amtsbezirken Engen (665), Neustadt (626), Ettlingen (636), mehr als 800 im Amtsbezirk Waldshut (862), mehr als 900 in den Amtsbezirken

Letzte Nachrichten

Der Rücktritt des Reichswirtschaftsministers Waernbold vollzogen

Wien, 6. Mai. (Tel.) Reichswirtschaftsminister Dr. Waernbold hat sich infolge von Meinungsverschiedenheiten in wirtschaftspolitischen Fragen veranlaßt gesehen, nach Rückkehr des Reichstanzlers um Entbindung von seinem Amte zu bitten. Der Herr Reichspräsident hat diesem Wunsche nach Vortrag des Reichstanzlers Dr. Brüning heute entsprochen. Mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichswirtschaftsministers ist bis auf weiteres Staatssekretär Dr. Trendelenburg beauftragt worden.

Der Herr Reichspräsident hat an den Reichswirtschaftsminister Prof. Dr. Waernbold aus Anlaß seines Ausscheidens aus seinem Amte das nachstehende Schreiben gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Reichsminister!
Von Ihrem Entschlusse, aus dem Amte des Reichswirtschaftsministers auszuscheiden, habe ich mit Bedauern Kenntnis genommen. Mit dem Ihnen anliegend zugehenden Erlasse habe ich Ihrem Antrag entsprochen und Sie aus Ihrem Amte entlassen.
Für die während Ihrer Zugehörigkeit zur Reichsregierung in schwerer Zeit dem Vaterlande geleisteten wertvollen Dienste spreche ich Ihnen im Namen des Reiches wie eigenen Namens aufrichtigen Dank aus.
Mit freundlichen Grüßen!
(gez.) v. Hindenburg.“

Rücktritt des österreichischen Kabinetts

Kommt die Auflösung des Parlaments?
Wien, 6. Mai. (Tel.) In einem um halb 11 Uhr stattgefundenen Ministerrat beschloß die Regierung ihre Demission. Bundeskanzler Kreisky erstattete dem Bundespräsidenten Miklas darüber Bericht.

Der Bundespräsident wird, wie verlautet, das Kabinett Duresch mit der vorläufigen Fortführung der Geschäfte betrauen und mit den Parteiführern in Besprechungen über die Bildung der neuen Regierung eintreten. Der Verfassungsausschuß, der um 11 Uhr über die Auflösungsanträge beschließen sollte, wird verschoben, da es nicht üblich ist, daß Ausschüsse während einer Regierungsstürze tagen. — Der Christlich-Soziale Parteivorstand hatte sich in einer kurzen Sitzung um 10 Uhr für die Demission der Regierung ausgesprochen.

Hoover fordert Ausgleich des Budgets

Washington, 5. Mai. (Tel.) Die unerwartete Erklärung des Präsidenten Hoover, der Ausgleich des Budgets fordere, hat in Kongresskreisen großen Eindruck gemacht. Der Präsident verlangt in der Erklärung im einzelnen eine entschiedene Verminderung der Ausgaben in Höhe von 700 Millionen Dollars. Er sagte, eine solche Verminderung würde zusammen mit der Steuererhöhung, die eine Milliarde Dollars erbringen soll, das Budget ausgleichen, das Geschäftsleben wieder in Gang bringen, der Landwirtschaft Hilfe gewähren und die Arbeitslosigkeit vermindern.

Professor Dr. Niefer †. Der langjährige Präsident des Sanja-Bundes und frühere Vizepräsident des Reichstags, Geh. Rat Professor Dr. Niefer, ist in Berlin gestorben. Niefer war 1853 in Frankfurt a. M. geboren. Zunächst Rechtsanwalt, wurde Niefer 1888 Mitglied des Vorstandes der Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Bank) in Berlin. Im Jahre 1906 wurde er ordentl. Honorarprofessor an der Berliner Universität. Er gründete 1900 den Zentralverband des deutschen Bank- und Banklegetwerbes. Im Jahre 1909 rief er den Sanja-Bund ins Leben. Er gehörte der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung und seit 1920 dem neuen Reichstag als Volksparteiler an, dessen Vizepräsident er vom Mai 1921 ab bis zu seinem Ausscheiden im Jahre 1928 war.

Schopfheim (928), Lahr (901), Offenburg (992), Mosbach (995), mehr als 1000 in den Amtsbezirken Konstantz (1689), Donaueschingen (1064), Lörrach (1330), Emmendingen (1291), Billingen (1205), Bühl (1942), Raftatt (1122), Bretten (1225), Bruchsal (1404), Sinsheim (1429), Weinheim (1033); mehr als 2000 in den Amtsbezirken Freiburg (2677), Heidelberg (4693); mehr als 6000 im Amtsbezirk Karlsruhe (6793) und mehr als 7000 in den Amtsbezirken Pforzheim (7044) und Mannheim (7980).

Der kommunistische Kandidat Thälmann verlor bis zu 100 Stimmen in den Amtsbezirken Mefkirch (100), Pfullendorf (96), Überlingen (93), Staufeu (44), Adelsheim (41), Tauberbischofsheim (52), Wertheim (87), bis zu 200 in den Amtsbezirken Oberkirch (150), Buchen (151), bis zu 300 in den Amtsbezirken Donaueschingen

Wirtschaftliche Umschau

Das Kreditproblem für Staat und Private — Arbeitsbeschaffung durch Bauten — Tabak

Der Hebel, mit dem Arbeit wieder beschafft werden kann, ist die Zufuhr von Kapital, die Voraussetzung der Arbeitsbeschaffung aber sind sich rentierende, wirtschaftliche Projekte und die Wiederherstellung des Vertrauens der privaten Geldgeber, ohne die eine Gesundung des Kapitalmarkts nicht denkbar ist. Das gilt alles sowohl für öffentliche Arbeiten wie auch für private Investitionen.

Das neue Projekt einer Prämienanleihe für Arbeitsbeschaffung durch die Reichsregierung sieht einen niedrigen Zinsfuß (wie es heißt 5 Proz.) vor, der durch hohe Gewinne (Prämien) und eine günstige Auslosungsbance ausgeglichen wird. Es fragt sich nur, ob und wann dieser Plan der Reichsregierung verwirklicht werden kann. Der gegenwärtige Zeitpunkt wird dazu jedenfalls als sehr ungünstig bezeichnet. Es wird darauf hingewiesen, daß sich auf dem Kapitalmarkt eben jetzt die ersten Anzeichen einer leichten Besserung bemerkbar machen, daß aber der — hoffentlich in Gang kommende — Gesundungsprozeß durch die Prämienanleihe gestört werden müßte. Gegenwärtig betrage die Rendite öffentlicher Anleihen infolge ihres niedrigen Kurses, zu dem sie im Börsenhandel erhältlich seien, zwischen 12 und 50 Proz., und würde man eine solche Prämienanleihe jetzt unterbringen wollen, dann müßte man sie mit einer derart hohen Rendite ausstatten, daß damit keine rentablen öffentlichen Arbeiten zu schaffen wären. Das würde aber dann auf eine entsprechende neue Belastung der Reichsfinanzen, d. h. der Steuerzahler, hinauslaufen. Es sei auch verfehlt, etwa den Erfolg der steuerfreien Reichsbahnanleihe hier ins Feld zu führen, denn seit dem 1. Januar d. J. seien im ganzen nicht einmal 7 Millionen mehr auf diese Anleihe gezeichnet worden, so daß man die Zeichnungen ohnedies längst hätte eigentlich schließen müssen. In den Kreisen der Reichsregierung ist man sich auch dieser Schwierigkeiten wohl bewußt und man bespricht jetzt Pläne, durch die Reichsbank eine Zwischenfinanzierung in die Wege zu leiten, die natürlich nur unter Kreditausweitungen möglich wäre und der die bekannnten währungspolitischen Bedenken begegnen.

Nicht nur öffentliche Anleihen, sondern auch die Vergabung langfristiger Kredite an Private, leiden unter der vierten Notverordnung, die durch die zwanngswiseige Herabsetzung der Zinsen das Vertrauen zu langfristigen Anlagen erheblich beeinträchtigt hat und in den Kreisen der privaten Kapitalbesitzer weitere Besorgnisse erweckte, die bereits offen ausgesprochen wurden, indem man sagte, daß das Reich, wenn es durch einen Federstrich die Zinsen herabsetzte, ebenjogut daran gehen könne, eines Tages die Goldklausel bei den Pfandbriefen aufzuheben. Es müßten hier also psychologische Sicherheiten geschaffen werden, die der Allgemeinheit zeigen, daß man den Zwangszins von 6 Proz. tatsächlich nur als eine einmalige und vollständig abgeschlossene Notaktion betrachte. Ein solcher Zins für neue Hypotheken ist bei der gegenwärtigen Lage auf dem Kapitalmarkt, tatsächlich undurchführbar, und Remissionen sind nur auf einer wesentlich höheren Zinsbasis zu denken. Dabei wird auch darauf hingewiesen, daß nicht nur der Zinsfuß die Wirtschaft belastet, sondern daß dies in weit höherem Maße durch die Gesamtheit der Steuern und der sonstigen öffentlichen Lasten geschieht. Von dieser Seite aus müsse somit Wirk-

(251), Engen (279), Neustadt (243), Emmendingen (224), Bretten (232), Mosbach (288), Sinsheim (284), bis zu 400 in den Amtsbezirken Säckingen (304), Müllheim (332), Wolfach (398), Ettlingen (361), bis zu 500 in den Amtsbezirken Stodach (412), Bühl (480), Wiesloch (406), bis zu 600 in den Amtsbezirken Waldshut (558), Lahr (540), bis zu 700 in den Amtsbezirken Schopfheim (686), Kehl (686), bis zu 900 im Amtsbezirk Bruchsal (898), bis zu 1000 in den Amtsbezirken Billingen (913), Raftatt (905), Weinheim (962). Über 1000 Stimmen betrug der Verlust in den Amtsbezirken Lörrach (1797), Freiburg (1538), Offenburg (1378); über 2000 in den Amtsbezirken Konstantz (2006) und Heidelberg (2531), über 3000 im Amtsbezirk Pforzheim (3829), über 4000 im Amtsbezirk Karlsruhe (4382) und über 12 000 im Amtsbezirk Mannheim (12 232). (Schluß folgt.)

James zur Erleichterung der Lage auf dem Kapitalmarkt ins Auge gefaßt werden.

Bei der Bedeutung des Baugewerbes als Schlüsselgewerbe, das ja besonders unter Arbeits- und Auftragsmangel leidet, kommt vornehmlich Arbeitsbeschaffung durch Bauten aller Art in Betracht. Die private Bautätigkeit ist nur möglich, dadurch, daß wieder langfristige Kredite, d. h. Hypotheken, erhältlich sind. Es gibt tatsächlich zahlreiche rentable Bauprojekte, die in Gang kämen, gäbe es wieder Hypotheken. Das Stillhalteabkommen mit den ausländischen Banken sieht bekanntlich die Rückzahlung der verbleibenden Kapitalien durch langfristige Anlagen in Deutschland vor. Die Gläubiger der kurzfristigen Auslandskredite befinden sich dadurch sozusagen in einer Zwangslage und könnten unter entsprechenden besonderen Sicherheiten gefolgegeberischer Art gar wohl veranlaßt werden, diese in absehbarer Zeit ohnedies nicht zurückziehbar in langfristige Investitionsanleihen umzuwandeln, seien es nun öffentliche Anleihen, oder wie vorgeschlagen wird, fünfjährige erststellige Hypotheken für den städtischen und ländlichen Grundbesitz. Bei einer Frist von fünf Jahren zur Zurückzahlung würden wohl devisionspolitische Bedenken im wesentlichen wegfallen und bei richtiger Auswahl der Objekte durch die vermittelten Realkreditinstitute auch diese Rückzahlung gesichert sein. Ein Teil so flüssig gewordener Mittel würde wahrscheinlich auch für Hauszinssteuerabläsungen verwendet werden und so den Staatsfinanzen zugute kommen. Ferner ist auch an die zweistelligen Hypotheken zu denken. Hier hat Württemberg bereits eine sog. Wohnungskreditanstalt eingerichtet, während von Reichsseite die Förderung solcher Institute durch staatliche Bürgschaft gefordert ist. Auch an die Ausgabe von Obligationen unter staatlicher Bürgschaft wird gedacht. Ebenso an Verwendung der Hauszinssteuer für zweistellige Hypotheken über die projektierten Wohnungskreditanstalten.

Von den öffentlichen Arbeiten, die zur Arbeitsbeschaffung in Betracht kommen, stehen der Straßenbau und überhaupt die Instandhaltung der Verkehrswege, die ja in erster Linie Sache der öffentlichen Stellen ist, im Vordergrund. Man weist insbesondere darauf hin, daß wenn es jetzt nicht gelingen sollte, für die Unterhaltung und den Bau von Straßen die erforderlichen laufenden Mittel aufzubringen, die wegenunterhaltungspflichtigen Stellen in den nächsten Jahren ein Mehrfaches der Beträge aufzubringen hätten. Die Senkung der künftigen laufenden Unterhaltungskosten der Straßen und die Senkung der Betriebskosten der Begebezüge, würden die für die Arbeitsbeschaffung durch Straßenbau aufgewendeten Mittel rentabel machen, wozu noch komme, daß auch an Arbeitslosenunterstützungen erhebliche Ersparnisse für die öffentliche Hand eintreten. Der Vorsitzende der Studiengesellschaft für die Finanzierung des deutschen Straßenbaus, Dr. Fischer von der Reichskreditgesellschaft, hält es deshalb durchaus für vertretbar, daß Mittel aus dem Stillhalteabkommen, soweit sie, wie oben ausgeführt, noch in Deutschland verbleiben, über besonders zu sichernde langfristige Investitionsanleihen auch für den Straßenbau verwendet werden.

Nachdem eine Senkung der Biersteuern erfolgt ist, da die Überspannung dieser Steuern sich volkswirtschaftlich auf den Absatz und finanzwirtschaftlich auf das Steuerkommen allzu ungünstig ausgewirkt hat, kam aus gleichen Gründen auch eine Senkung der Branntweinsteuer. Dagegen steht keine Senkung der Tabaksteuer und noch weniger des Tabakzolls in Aussicht. Dies erfuhr man auf einer Berliner Tagung des Zentralverbandes deutscher Großhändler der Tabakbranche, auf der auch Reichsfinanzminister Dr. Dietrich sprach, wobei er auf die ihm vorgetragenen Wünsche einging.

Der Reichsfinanzminister wies darauf hin, daß die Einnahmen aus der Tabaksteuer allerdings von 1,14 Milliarden Reichsmark 1930, 1931 auf rund 0,9 Milliarden Reichsmark zurückgegangen seien. Doch hoffe man, daß sie sich nun ungefähr auf diesem Betrag erhalten werden. Die Tabaksteuer sei finanziell das beste Stück im Steuerbudget der Reichsregierung, so daß man schon aus diesem Grunde ein Tabakmonopol (wie es in Österreich, Frankreich und Italien besteht) für Deutschland ablehnen müsse. Auch ein ausländischer Sachverständiger habe von diesen Plänen abgeraten, denn in Deutschland werde der Aufbau eines Monopols außerordentliche Schwierigkeiten machen und wahrscheinlich erheblich geringere Einnahmen bringen als Tabaksteuern und Tabakzoll, ganz abgesehen davon, daß dadurch vielen Menschen Brot und Arbeit genommen würde und dem Staat neue Lasten entstehen. Auch den Wunsch des Tabakhandels, der darauf hinausgeht, eine Ausschalterhebung der Umsatzsteuer zusammen mit der Tabaksteuer durch die Zollämter vornehmen zu lassen, erklärte der Reichsfinanzminister, nicht erfüllen zu können. Das Tabakgewerbe müsse weiter als „Steuernehmer“ helfen. Doch sei der Wunsch des Tabakgewerbes nach Absenkerpauschalierung (einmalige Erhebung der Umsatzsteuer auf Tabakprodukte) noch nicht ad acta gelegt.

Wie es in der Tabakindustrie aussieht, das sehen wir ja in unserem badischen Land mit seiner starken Tabakverarbeitung und den unaufhörlichen Stilllegungen und Betriebseinstellungen, die sich noch in der letzten Zeit fortsetzten, unmittelbar. Die Mitteilungen des Reichsfinanzministers zeigen, daß der Tabak auch weiterhin seiner bisherigen hohen Belastung unterliegen muß.

Das Tabakgewerbe weist hauptsächlich darauf hin, daß die erhöhte Umsatzsteuer nicht nur die Ware, sondern auch der Betrag der Vonderole sowie umgekehrt, die Vonderole die Umsatzsteuer zusätzlich belaste.

Deutscher Sieg in Memel

Trotz Einbürgerungen und Wahlterror bleibt Mehrheit den memelländischen Parteien
WZB. Memel, 6. Mai. (Tel.) Wie das „Memeler Dampfboot“ meldet, liegen jetzt die Ergebnisse aus sämtlichen 205 Stimmbezirken zu den memelländischen Landtagswahlen vor. Es sind insgesamt abgegeben worden 65 728 (bei den Wahlen im Jahre 1930: 49 713) Stimmen, davon erhielten:

- die Memelländische Volkspartei 17 922 Stimmen, also 8 Sitze (bisher 8 Sitze, 1930: 13 709 Stimmen),
- die Memelländische Landwirtschaftspartei 24 442 Stimmen, also 11 Sitze (10 Sitze, 15 810 Stimmen),
- die Sozialdemokratische Partei 5114 Stimmen, also 2 Sitze (4 Sitze, 6880 Stimmen),
- die Arbeiterpartei (Kommunisten) 5390 Stimmen, also 3 Sitze (2 Sitze, 2072 Stimmen).

Diese vier memelländischen Parteien haben also 24 Sitze erhalten, die gleiche Zahl, die sie bisher innehatten. Die großlitauischen Parteien erhielten zusammen 12 960 Stimmen (bisher 11 269), also 5 (bisher 5) Sitze. Von den memelländischen Mehrheitsparteien wird die Landwirtschaftspartei wieder die stärkste Partei im Landtag sein. Die Memelländische Volkspartei und die Landwirtschaftspartei werden außerdem schon allein mit 19 Sitzen wieder die Mehrheit im Landtag bilden. Im alten Landtag verfügten sie zusammen über 18 Sitze.

Wahlbeteiligung 95 Prozent.
Die großlitauischen Angriffe auf das Memelland sind somit als abgeklungen zu bezeichnen. Dieses Ergebnis wurde erreicht durch eine geradezu vorbildliche Wahlbeteiligung. In sehr vielen Ortschaften haben 100 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimmen abgegeben, in allen Ortschaften über 90 Prozent. Erfreulich ist das starke Anwachsen der memelländischen Volkspartei, deren Führer, der bekannte Schulrat Meyer, vor einiger Zeit von den Litauern verhaftet wurde. Sehr auffallend ist das starke Anwachsen der Kommunisten. Hier dürfte für die Litauern die unangenehme Enttäuschung eingetreten sein, daß eine große Zahl der unter dem Direktorium Simaitis eingebürgerten Großlitauer für die kommunistische Partei ihre Stimmen abgegeben haben, anstatt für den litauischen Block zu stimmen. Das Anwachsen des litauischen Blocks ist nicht überraschend, wenn man bedenkt, daß in letzter Zeit 9000 Litauer im Memelgebiet eingebürgert worden sind.

Litauen nun für Verständigung?

WZB. Kowno, 6. Mai. (Tel.) Wie aus litauischer autoritativer Quelle verlautet, soll nach dem Ausfall der memelländischen Wahlen nunmehr eine Verständigung mit den Mehrheitsparteien gesucht werden. Das Direktorium Simaitis soll noch vor Zusammenritt des Memellandtags zurücktreten; jedoch stellt man sich auf den Standpunkt, daß der neue Präsident ein memelländischer Litauer sein müsse. Die anderen Mitglieder des neuen Direktoriums sollen den Mehrheitsparteien angehören. Eine neue Landtagsauflösung komme nicht in Frage. Der Rücktritt des Gouverneurs Merks sei wahrscheinlich.

Als erste offiziöse Stellungnahme resümiert der „Lietuvos Aidai“ das Wahlergebnis in Memel und zieht die Folgerung einer Verständigung und beiderseitigen Innehaltung des Memelstatus.

Gouverneur Merks ist heute in Kowno eingetroffen. Es finden Kabinettsitzungen und verschiedene Besprechungen im Laufe des Tages statt, in denen die künftige Innen- und Außenpolitik Litauens auf Grund des Memeler Wahlergebnisses festgelegt werden soll.
Der Eindruck, den der Ausfall der Memelwahlen in sämtlichen litauischen Kreisen hervorgerufen hat, ist niederschmetternd. Mit einer Stimmzunahme der bisherigen Mehrheitsparteien des Memelländischen Landtags rechnete man selbst in pessimistischen Kreisen nicht. Die „Jüdische Stimme“, die am gestrigen Feiertag als einziges Blatt erschienen ist, nimmt zu dem Wahlergebnis Stellung. Das Ergebnis, so erklärt das Blatt u. a., sei der Beweis dafür, daß das, was Jahrhundertlang eingewurzelt ist, nicht auch jetzt gelassen werden dürfe. Besonders bemerkenswert sei die relativ starke Zunahme der Stimmen des deutschen Blocks. Der Zentralregierung und den Mehrheitsparteien sei daher eine Verständigung anzuraten, da selbst durch eine neue Landtagsauflösung nichts geändert würde.

Das „Memeler Dampfboot“ zu den Wahlen

Zu den Wahlergebnissen bemerkt das „Memeler Dampfboot“: Die Wahlen sind ein großes, gewaltiges und erhebendes Bekenntnis der Memelländer für die Autonomie des Memelgebietes und für die memelländische Heimat geworden. Der großlitauische, mit Gewalttätigkeiten aller Art und in einem bisher nicht gekannten Ausmaß an Agitation unternommene Generalangriff ist an allen Fronten siegreich abgeschlagen worden. Das Ergebnis muß als ein ganz überwältigender Erfolg der Mehrheitsparteien betrachtet werden. Sehr stark ist der Rückgang der Borchertskisten (Borchertas war früher aufstrebender großlitauischer Landespräsident), die trotz der starken Wahlbeteiligung von 6856 Stimmen auf 4509 zurückgegangen sind. Dieser Verlust der Borchertskisten wird mehr als wettgemacht durch die Zunahme der Listen der Großlitauischen Angestellten- und Arbeiter — was in der Hauptsache auf die Masseneinbürgerungen zurückzuführen ist — die von 1931 Stimmen bei den letzten Wahlen auf 6868 Stimmen gestiegen sind. Wenn der großlitauische Sturmangriff abgeschlagen worden ist, ist dies vor allem dieser gerade einzig dastehenden Wahlbeteiligung zu verdanken, die auch den letzten Memelländer an die Urne gebracht hat.

Englische Stimmen

WZB. London, 6. Mai. (Tel.) „Morningpost“ nennt das Ergebnis der Abstimmung im Memelgebiet einen schweren Schlag für Litauen. Der Berliner Korrespondent des Blattes sagt: Die Bevölkerung hat mit Nachdruck erklärt, daß sie noch nicht litauisch geworden ist.
Der Berliner „Times“-Vertreter berichtet: In Berlin sieht man in dem großen Erfolg der Memellandparteien einen klaren Beweis dafür, daß der Widerstand gegen die litauische Politik nicht, wie behauptet wurde, das Werk einer kleinen Gruppe von Deutschen ist, sondern, daß er die tiefsteingewurzelte Entschlossenheit der Bevölkerung bezeugt, die Verletzung ihrer autonomen Rechte nicht zu dulden.

Reichsführertagung des Stahlhelms

WZB. Magdeburg, 6. Mai. (Priv.-Tel.) Auf der Reichsführertagung wurde gestern in der Stadthalle ein „Führerappell“ veranstaltet, bei dem der 1. Bundesführer Franz Selde über das Thema „Unser eigener Weg“ sprach. Selde betonte erneut, daß der Stahlhelm seine Partei sein wolle. Der Stahlhelm sei in seinen Handlungen und in seiner Organisation vollkommen frei und unabhängig. Wenn der Stahlhelm zur Reichspräsidentenfrage Stellung genommen habe, so habe er dies für nötig gehalten, weil es ihm trotz selbstloser Arbeit nicht gelungen ist, die nationale Opposition zu einen.

Bundeskanzler Major Wagner sprach über das Thema „Der Stahlhelm im Kampf um den Staat“. Er erklärte, es sei das Ziel des Stahlhelms, daß sich das deutsche Volk wieder berufstätig gliedere. Der Staat solle sich in alle Dinge des wirtschaftlichen Lebens nicht einmischen, sondern die Staatsführung soll frei werden für die großen Aufgaben der Erhaltung und Mehrung des Reiches. Oberstleutnant Dillenberg sprach über „Die ewige Soldatenaufgabe des Stahlhelms“. Als Hüter des geistigen Erbes von 2 Millionen Gefallenen und 6 Millionen Verwundeten aller Schichten — so sagte er — lege der Stahlhelm seinen schweren Kampf fort, bis endlich Deutschlands Freiheit wieder errungen sei.

Kleine Chronik

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist am Donnerstagvormittag um 9 Uhr (WZB.) in Pernambuco glatt gelandet.

Der vor einigen Tagen an der Obermosef gelandete französische Militärflieger ist freigelassen worden, wegen Passvergehens wurde er zu 150 M. Geldstrafe verurteilt.

In Gelsenkirchen erlosch der Kaufmann Jibor Wimpfheimer vermutlich aus Eifersucht den 35 Jahre alten Kaufmann Hartwig Cohn und seine beiden 10- und 6-jährigen Kinder. Cohn und die beiden Kinder waren sofort tot. Wimpfheimer, der sich das Leben zu nehmen versuchte, wurde so schwer verletzt, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird.

Der Beginn des voraussichtlich mehrere Monate dauernden Prozesses gegen das Direktorium der Deutsch-Evangelischen Heimstätten-Gesellschaft (Debaheim), das wegen Untreue, Betrugs, Urkundenfälschung und Bilanzverschleierung angeklagt ist, ist jetzt auf den 18. Mai vor der Großen Strafkammer des Landgerichts I Berlin anberaumt worden.

Im Mittelpunkt der Verhandlung des Klare-Prozesses am Mittwoch stand das Gutachten des Sanitätsrats Prof. Dr. Leppmann über den Geisteszustand Leo Klare, dessen Zurechnungsfähigkeit durch einen Antrag seiner Verteidigung bezweifelt worden war. Dr. Leppmann erklärte, Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit Leo Klare seien nicht begründet.

Badischer Teil

Tagung des Badischen Sparkassen- und Giroverbandes

Zur großen Saale des Injehotels zu Konstanz fand die 15. ordentliche Verbandssammlung des Badischen Sparkassen- und Giroverbandes, Sitz Mannheim, unter der Leitung des Vorsitzenden Dr. Gugelmeier statt.

Landrat Fühner, Konstanz, übermittelte die Grüße der staatlichen Behörden. Er erinnerte an den 13. Juni vergangenen Jahres mit seinen schweren Erschütterungen für das deutsche Wirtschaftsleben. Die deutschen Sparkassen hätten vermocht, sich das Vertrauen ihrer Einleger zu bewahren. — Die Grüße der Stadtverwaltung überbrachte Bürgermeister Dr. Mohrle.

Sodann erstattete der Verbandsvorsitzende Dr. Gugelmeier den Geschäftsbericht für 1931. Bei seinen Erläuterungen wandte er sich gegen den Versuch der württembergischen Regierung, unter Beteiligung des Staates eine Bank zu gründen. Er erklärte, daß der Badische Sparkassen- und Giroverband mit aller Entschiedenheit derartige Tendenzen in Baden bekämpfen würde. — Den Geschäftsbericht der Badischen Kommunalen Landesbank erstattete Direktor Dr. Melker. Er bezeichnete das Jahr 1931 als das schwerste Geschäftsjahr in der modernen Bankgeschichte. Für die Badische Kommunale Landesbank sei es ohne nennenswerte Kreditverluste vorbeigegangen. — Nach einer eingehenden Aussprache über die Berichte wurde der Abschluß der Bankanstalt 1931 genehmigt, ebenso der Revisionsbericht für 1930 und den Verbands- und Vororganen Entlastung erteilt.

Es folgte sodann der Geschäftsbericht der Badischen Landeskaufmannschaft für 1931, den der Vorsitzende Schneider erstattete. Trotz der Krise hat sich das Institut zur Zufriedenheit entwickelt. 1931 fanden vier Zuteilungen statt, seit Gründung der Anstalt deren sieben. Insgesamt wurden an 122 Bausparern etwas mehr als eine Million Baulohnen zugeteilt. — Sodann berichtete der geschäftsführende Direktor der Öffentlichen Lebensversicherungsanstalt Baden Dr. Weis über eine neue Lebensversicherungsform, die sogenannte Spar-Lebensversicherung.

Der nächstjährige Verbandstag findet aus Anlaß der 100-Jahrfeier der Stadterhebung in Schwäbisch Gmünd statt. Die Tagung war umrahmt von gesellschaftlichen Veranstaltungen, die entsprechend der Notzeit in einfachem Rahmen abgehalten wurden.

Der Fall Rombach

vor dem Offenburger Schwurgericht

Unserer Veröffentlichung vom vorigen Mittwoch unter obiger Überschrift ist nachzutragen, daß der erste Satz der Riffer 2 richtig lautet muß:
„Der Antrag des Oberstaatsanwalts zur Strafbemessung ist von dem Berichterstatter des „Volkstreu“ — wiederum im Gegenfatz zu den Berichterstattern der Offenburger Wälder und der „Frankfurter Zeitung“ (2. Morgenblatt vom 21. v. M.) — offenbar völlig mißverstanden worden.“

Lebensrettung

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

Das Staatsministerium hat mit Entschliebung vom 18. April 1932 dem Kaufmann Hermann Rombach in Mannheim die badische Rettungsmedaille verliehen.

Der Rember Kanalverkehr eröffnet

Nach einer Mitteilung des Schiffahrtsamtes Basel ist nunmehr der Rember Kanal für die Schifffahrt bei angelegtem Rhein am 1. Mai eröffnet worden. Die zu Berg fahrenden Schiffe und Schleppzüge müssen nun den Weg durch den Kanal nehmen. Die zu Tal fahrenden können vorläufig noch auf dem Rheinstrom selbst verkehren, und zwar durch die Werksöffnung auf der linken Rheinseite. Vom September an muß der gesamte Schiffsverkehr sich durch den Kanal abwickeln.

Die Justizdebatte im Landtag

(Fortsetzung des Berichts aus der letzten Nummer.)

D.3. Karlsruhe, 4. Mai.

Die Aussprache wird fortgesetzt:

Abg. Dr. Wollhard (Staatsp.) führt aus, wenn man dem Staat einen Vorwurf machen könne, so sei es der, daß in dieser Notzeit eine übertriebene Toleranz gegen ausgesprochene Intoleranz von rechts und links geübt würde. (Zuruf: Sehr gut!) Wir haben keine Klassenjustiz, die Richter sind keine Klassenrichter, die badischen Richter und die Staatsanwälte bemühen sich, objektiv und ohne Ansehen der Person Recht zu sprechen. Aber auch sie sind Menschen, was man bei Ausübung ihres schwierigen, verantwortungsvollen Amtes nicht vergessen darf. Die neuen Ausbildungsvorschriften für Juristen werden vom Redner lebhaft begrüßt. Er freut sich besonders, daß die Staatslehre als wichtiges Prüfungsfach aufgenommen wurde. Neben dem Spezialwissen ist auf das Allgemeinwissen größter Wert zu legen, ebenso auf eine enge Verbindung von Theorie und Praxis beim juristischen Studium.

Der Redner weist darauf hin, daß die Berufsrichter im Laiengericht nicht souverän sind. Der Richter, namentlich der Einzelrichter, werde sich immer eine sachliche Kritik gefallen lassen müssen. Alle Richter seien bereit, der verantwortungsbewußten Presse Mitteilungen vor und nach der Verhandlung zu geben. Von Sensationsprossen seien wir in Baden glücklicherweise verschont geblieben. Auch bei der Rechtsfindung könne sehr wohl gepart werden, ebenso bei den Gebühren an Zeugen und Sachverständigen. Wenn nicht unbedingt nötig, so sollte man von der Erhebung einer Anklage absehen. Auch um kleine Verkehrsunfälle bräuhete sich der Richter nicht zu kümmern. Die bewährte Kriminalpolizei müsse unter allen Umständen bei der Justiz verbleiben.

Was der Staatspräsident über den staatlichen Schutz der Ehre von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens sagte, dem stimmt der Redner rückhaltlos zu. Er vertritt die alte Forderung der Demokraten auf Verreichlichung der Justiz und schließlich, die Gerechtigkeit sei ein hohes Gut und nur von menschlich fühlenden Richtern und Staatsanwälten auszuüben.

Abg. Ewald (Ev. Volksp.) wünscht eine streng unparteiliche Handhabung der richterlichen Funktion. Die günstigen Erfahrungen mit den Arbeitsgerichten sollten auch für das ordentliche Prozeßverfahren nutzbar gemacht werden. Massenverhandlungen sollte man entgegenwirken. Der Redner verlangt rückhaltloses Vorgehen gegen Wucher und Betrug. Die Regierung möge dafür eintreten, daß bei Umgestaltung des Strafrechts die Grundzüge des christlichen Sittengesetzes gewahrt bleiben.

Abg. Nisch (Zentr.) bittet, sobald sich die Möglichkeit dazu bietet, um Wiedererrichtung des Notariats Lehngens. Die Landbewohner würden durch den Wegfall tatsächlich schwer geschädigt.

Abg. Bergau (Ev. Volksp.) äußert Wünsche im Interesse des Aufsichtspersonals der Strafanstalten. Er kritisiert dabei Vorgänge in Freiburg.

Abg. Marzloff (Sozdem.) beschäftigt sich mit der Handhabung des § 56 der Gewerbeordnung, der Zuweisung von Anwälten im Arzeneirecht und der Frage der Prozeßvertretung. Fürjorgegaltungen sollten möglichst in Familien untergebracht werden.

Abg. Frau Langendorf (Komm. P.) begründet einen Antrag, der auf eine Änderung des Reichsgesetzes für Jugendwohlfahrt abzielt.

Die Rednerin bemängelt an einigen Fällen die Art, wie man zur Einleitung der Fürjorgeerziehung geschritten sei.

Staatspräsident Dr. Schmitt als Justizminister geht auf eine Reihe von Einzelfragen ein. Das Vorwissen in Freiburg sei ihm nicht bekannt, man habe ihm aber mitgeteilt, daß die einige Jahre zurückliegende Angelegenheit peinlichst untersucht wurde und die Vorwürfe haltlos sind. Nur einige Ordnungstrafen sind erfolgt. Die Aufhebung des Notariats Lehngens stellt ein Übergangsstadium dar. Die Frage wird bei Besprechung der Verhältnisse erneut geprüft.

Der Minister wendet sich dann gegen die Ausstellungen des Kommunisten und des nationalsozialistischen Redners.

Damit ist die Aussprache beendet.

Es folgt ein kurzes Schlusswort des Berichterstatters Abg. Dr. Wollhard (Staatsp.) und danach die Abstimmung.

Der Vorschlag des Justizministeriums wird unter Ablehnung der kommunistischen Anträge mit allen gegen 11 Stimmen der Deutschnationalen, Nationalsozialisten und Kommunisten angenommen.

Die Denkschrift des Justizministers über die Ersparnisse bei Zusammenlegung von Amtsgerichten, Notariaten und Grundbuchämtern wird mit allen bei 11 Stimmenthaltungen der Opposition zustimmend zur Kenntnis genommen.

Mit Erledigung einer Reihe von Gesuchen persönlicher Natur ist die Tagesordnung erledigt.

Vizepräsident Dr. Waldek entläßt das Haus mit dem Wunsch froher Feiertage und verknüpft damit auch die besten Wünsche für baldige Genesung des Präsidenten Duffner. (Lebhafte Zustimmung.)

Nächste Sitzung voraussichtlich am Dienstag, den 31. Mai. Schluß 2 Uhr.

Der Arbeitsplan des Landtags

Nach der vorläufigen Arbeitseinteilung des Landtags wird die nächste Vollsitzung erst Ende Mai stattfinden, und zwar am 31. Mai. In der kommenden Woche werden die Ausschussberatungen über den Haushalt des Innenministeriums fortgesetzt werden. Die Woche nach Pfingsten soll beratungsfrei bleiben und in den darauffolgenden Tagen dürfte der Etat des Finanzministeriums im Ausschuss beraten werden. Die Plenarberatungen über die Haushalts der beiden großen Ministerien werden in der Hauptsache in den Juni fallen.

Für die badische Textilindustrie wurde am Dienstag nach achtstündigen Verhandlungen ein Schiedspruch gefällt. Danach wird das Lohnabkommen vom 18. Januar 1932 mit der Abänderung wieder in Kraft gesetzt, daß der Entlohn männlicher Arbeiter über 25 Jahre 52 Pf. beträgt. Erklärungsfrist bis 6. Mai.

Gemeinderundschau

Bürgermeisterwahlen. In Forst (Amt Bruchsal) ist auch der zweite Wahlgang der Bürgermeisterwahl ergebnislos verlaufen. Der Kandidat der Zentrumspartei, Meißel, erhielt 19 Stimmen, der Kandidat der NSDAP, Gemeindevater Huber, 17 Stimmen und der Vertreter der SPD, Bürgermeisterstellvertreter Böyer, 8 Stimmen. Die Kommunisten beteiligten sich nicht an der Wahl. Es ist ein dritter Wahlgang nötig. — In Haslach wurde bei der zweiten Bürgermeisterwahl Landwirt Otto Spraul mit 160 Stimmen von 181 abgegebenen Stimmen zum Bürgermeister gewählt. — In Sindolsheim (Amt Adelsheim) hat Bürgermeister Hedmann sein Amt niedergelegt. Die Bürgermeisterwahl findet nächsten Sonntag, den 8. Mai, statt.

Spartassendirektor a. D. Albert Burr 75 Jahre alt. Spartassendirektor a. D. Albert Burr in Rastatt feierte in diesen Tagen in voller körperlicher und geistiger Frische seinen 75. Geburtstag. Herr Burr, der im Jahre 1926 in den wohlverdienten Ruhestand getreten ist, war 40 Jahre bei badischen Spartassen tätig. Er war zunächst bei der Spartasse Willingen angeheiratet und kam dann an die Städtische Spartasse Rastatt. 1888 wurde er deren Leiter. In leitender Stellung hat Herr Burr hervorragendes geleistet. Wie sehr er heute noch der Spartassensache zugehen ist, beweist, daß er an der diesjährigen Tagung des Badischen Spartassen- und Giroverbandes, die am 3. und 4. d. M. in Konstanz stattgefunden hat, teilnahm.

Der Stadtrat Heidelberg hat u. a. die Modernisierung der Alaranlagen im Stadtteil Wieblingen beschlossen. Damit wird eine Änderung in der Verschmutzung des Neckarwassers innerhalb von Heidelberg getroffen, gegen die sowohl von den Einwohnern der Orte Ebingen, Ladenburg, Neckarhausen und Seddenheim, wie auch von den Anglern Einspruch erhoben worden ist. Die letzteren haben gerade für den kommenden Sonntag wieder eine Protestversammlung nach Ladenburg einberufen.

Aus der Landeshauptstadt

Loretto-Gedächtnisfeier der 109er. In diesen Wintertagen jährt sich zum 17. Mal der Tag, an dem Badens Regiment in Nordfrankreich im Lorettogebiet schwere Kämpfe im Weltkrieg zu bestehen hatten. Die Loretto-Gedächtnisfeier am 9. bis 15. Mai wird in den Regimentsgeschichten der badischen Regimenter stets einen besonders ehrenvollen Platz einnehmen. Tausende von Söhnen der badischen Heimat haben in diesen Kämpfen um die Lorettohöhe ihr Leben gelassen. Die Kameradschaft badischer Wehrkrieger veranlaßt seit Jahren an dem 109er-Denkmal vor der Hauptpost zum Gedächtnis der Gefallenen des 14. Badischen Armeekorps eine Loretto-Gedächtnisfeier. Diese Feier findet in diesem Jahre am Sonntag, den 8. Mai, vormittags 11.30 Uhr, am Denkmal der 109er statt. Den musikalischen Teil haben der Musikverein „Harmonie“ und der Gesangsverein „Eintracht“ übernommen. Kaplan Seppel, ein Kriegsteilnehmer, wird die Gedächtnisansprache halten. Am Vorabend des Loretto-Gedächtnistages, am Samstag, den 7. Mai, abends 8.30 Uhr, findet im „Friedrichshof“ (Carl-Friedrichstraße 28) ein 109er-Kameradschaftsabend statt, zu dem alle Angehörigen des aktiven Reserve- und Landwehrregiments 109 sowie des ersten Landsturm-Bataillons Karlsruhe eingeladen sind. Dieser Abend soll wieder einmal alle ehemaligen 109er der badischen Landeshauptstadt zusammenführen. Bei dem Kameradschaftsabend wird u. a. der Kriegsveteran Dr. Hans Ebbecke, der bekanntlich als Offizier beim Wehrdienstregiment sein Augenlicht verloren hat, mit Redern zur Laute mitwirken.

Badische Lichtspiele — Konzerthaus. Einige Jahre nach dem großen Krieg erschien ein aufsehenerregendes Buch von Agnes Günther „Die Seilse und ihr Warr“. Dieses Werk fand nun auch seinen Weg zum Film. Obgleich darüber schon mehrere Jahre vergangen sind, hat dieser Film von seiner nachhaltigen Wirkung nichts eingebüßt, umso mehr als neue Kopien Verwendung finden. Manche Handlung, die im Werk etwas zu lange behandelt wird, ist im Film auf ein Mindestmaß eingeschränkt und wirkt dafür um so eindringlicher. Das Haus ist jeden Abend sehr gut besucht.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe vom Freitagmorgen: Das Wetter blieb gestern meist wolfig und ziemlich kühl mit zeitweiligen Regenschauern. Auf dem Hochschwarzwald sind die Niederschläge in Schnee übergegangen. Die allgemeine Luftdruckverteilung über Europa ist noch unverändert geblieben. Das große Hoch liegt im Nordwesten fest, während über Süd- und Mitteleuropa ein ausgebreitetes Tief ausgedehnt ist. Die Luftzufuhr aus nördlichen Breiten wird demnach anhalten. Voraussage: Fortdauer der nachkalten Witterung.

Kurze Nachrichten aus Baden

D.3. Mannheim, 4. Mai. Der bekannte Mannheimer Arzt, Dr. Heinrich Koch, ist an einem Herzschlag plötzlich verstorben. Er stand im 67. Lebensjahr. Aus der Pfalz gebürtig, war er seit 40 Jahren in Mannheim ansässig. Viele Jahrzehnte war er Leiter der Abteilung für Haut- und Geschlechtskrankheiten am Städtischen Krankenhaus, daneben übte er eine weit ausgehende private Praxis aus. Auch als Forscher und schriftstellerisch ist Dr. Koch auf seinem Spezialgebiet vielfach und erfolgreich hervorgetreten, so daß er mit zu den ersten Fachautoritäten gehörte.

D.3. Mosbach, 3. Mai. Wegen Verzögerung gegen das Depotgesetz wurde im Anschluß an den dreitägigen Hopf-Prozeß, der bekanntlich mit der Verteilung Hopfs endete, abermals gegen Hopf und den Angestellten Edmund Däner verhandelt. Däner war feinerzeit Leiter der Bankabteilung des Hopf-Konzerns. Es wurden von den beiden fremde Wertpapiere ohne Verfügungsrecht verpfändet. Die Aussagen der beiden Angeklagten standen sich gegenüber. Da nur Wahrscheinlichkeitsrechnung dem Urteil zugrunde gelegt werden konnte, wurden beide Angeklagte freigesprochen.

blb. Graben bei Karlsruhe, 6. Mai. Am Donnerstagnachmittag gegen 4 Uhr erschloß der frühere Reichsbahnangestellte Heinrich Zimmermann, der durch Übernahme einer Bürgerschaft große Verluste erlitten hat, mit dem Jagdgewehr seine Frau,

die auf der Stelle tot war. Der Täter wurde verhaftet. Zimmermann, der in den einseitigen Ruhestand versetzt worden ist, war in angetrunkenem Zustande nach Hause gekommen. Ganz unermittelt fiel ein Schuß und als die Nachbarn in die Wohnung einbrachen, fanden sie die 46jährige Ehefrau in einer Blutlache liegend mit einer Schußwunde am Kopfe tot auf. Bei seiner Vernehmung erklärte Zimmermann, daß er sich selbst habe erschossen wollen, doch sei seine Frau dazwischen getreten, die ihn an der Ausführung der Tat habe hindern wollen. Dadurch sei der Schuß losgegangen und habe die Frau getroffen. Auch Zimmermann trug eine leichtere Verwundung am Kopfe davon.

* Muggensturm, 4. Mai. Die hiesige Spargelernte hat begonnen. Die Qualität ist hervorragend und findet deshalb guten Absatz. Erfreulich ist, daß die Bevölkerung der nahe liegenden Städte Karlsruhe, Rastatt, Baden-Baden usw. nunmehr die Möglichkeit hat, mittels Sonntagskarte hierher Ausflüge zu machen und auch damit die in dem letzten Jahre schon sehr beliebt gewordenen Spargelassen zu verbinden. Auch die Erdbeeren sehen sehr gut aus, und es besteht die Hoffnung, daß die „Muggenstürmer Erdbeeren“ auch in diesem Jahre an Quantität und besonders in der Qualität sehr befriedigen werden.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank

(Amtlich)

	6. Mai		4. Mai	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	170.21	171.27	170.83	171.17
Kopenhagen 100 Kr.	84.62	84.78	84.62	84.78
Italien . . . 100 L.	21.70	21.74	21.68	21.72
London . . . 1 Pf.	15.45	15.49	15.46	15.50
New York . . . 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris . . . 100 Fr.	16.61	16.65	16.605	16.645
Schweiz . . . 100 Fr.	82.17	82.33	82.02	82.18
Wien 100 Schilling	51.95	52.05	51.95	52.05
Prag . . . 100 Kr.	12.465	12.485	12.465	12.485

Börsen und Geldmarkt

Die Börsen lagen in dieser Woche meist uneinheitlich bei stillem Geschäft. Publikumsaufträge fehlten. Anregungen lagen kaum vor. Infolge der ungelärten politischen Lage herrschte weitgehende Zurückhaltung. Das französische Wahlergebnis blieb einflusslos. Viele Aktienwerte lagen unsicher, vor allem unter dem Eindruck eines Baissedrucks auf die Siemens-Werte. Der A.G.S.-Markt war nach anfänglichen starken Kursrückgängen wieder beruhigt. Ebenso konnten sich die Kurse der Farbenaktien erholen. Der Rentenmarkt zeigte wenig Bewegung. Im Durchschnitt waren die Kurse unverändert.

Geldmarkt. Der April-Markt ist leicht verlaufen. Der April hat der deutschen Reichsbank eine gewisse Entlastung gebracht. Die Wirtschaftskredite des Instituts haben sich außerordentlich vermindert, so daß man wohl von einem Ausbleiben der Frühjahrsbelebung sprechen kann. Andererseits hat sich die Devisenbilanz um ein Kleines gebessert. Die Reichsbank entschloß sich deshalb zu einer weiteren Diskontherabsetzung um 1/2 Prozent auf 5 Prozent, um der Wirtschaft die nach der Gesamtlage vertretbaren Antriebsmöglichkeiten zu verschaffen. Trotzdem will sich in Deutschland noch immer kein Optimismus einstellen. Währungspolitisch besteht gegen eine deutsche Zinsenkung allerdings auch das Bedenken, daß sie die Rückzahlung von kurzfristigen Auslandskrediten begünstigt. Außerdem wird diese Zinsenkung die Konjunktur auch noch nicht beleben können, wenn nicht neuer, und zwar mittel- und langfristiger Kredit, zur Verfügung gestellt wird. Unter 5 Prozent wird der Reichsbankdiskont vorläufig wohl nicht gesenkt werden können, denn das Bankgesetz läßt eine weitere Herabsetzung nur, zu, wenn die Notenbedeckung längere Zeit über 40 Prozent liegt.

Der Londoner Feingoldpreis

Nach einer Bekanntmachung der Reichsbank (Statist. Abt.) vom 3. Mai 1932 beträgt der Londoner Goldpreis am 3. Mai 1932 für eine Unze Feingold 113 sh 1 d, in deutsche Währung nach dem Berliner Mittelfurs für ein englisches Pfund vom 3. Mai 1932 mit 15,42 RM. umgerechnet 87,1872 RM., für ein Gramm Feingold demnach 43,6285 Pence, in deutsche Währung umgerechnet 2,80313 RM.

Bilanzbereinigung bei Burbach. Die Burbach-Kaliwerke AG, Magdeburg, stellt in einer neuen Erklärung fest, daß das Unternehmen in sich absolut gesund sei. Die Vermögenswerte übersteigen bei vorsichtiger Schätzung die Gesamtverbindlichkeiten um ein Erhebliches. Die Ertragnisse des vergangenen Geschäftsjahrs haben trotz Rückgang des Kaliabfahes und der außergewöhnlich hohen Zinslast nach den üblichen Abschreibungen von 4,2 (i. R. 4,4) Mill. RM. einen Geschäftsergebnis von mehr als 5 (i. R. 8,6) Mill. RM. ermöglicht, der zugleich mit dem Gewinnvortrag des Vorjahres und dem Reservefonds — somit insgesamt 19 Mill. RM. — zur Bilanzbereinigung zur Verfügung steht. Es ist beabsichtigt, von den bei der Hauptverwaltung ruhenden Aktien 30 Mill. RM. zu befreien, wobei ein Bucherlust von 28 Mill. RM. entsteht, und die Hauptverwaltung des Burbach-Konzerns GmbH. aufzulösen. Von den in Konzernbesitz befindlichen nom. 33,5 Mill. RM. Burbach-Kaliwerke-Aktien ruhen im Portefeuille der Hauptverwaltung des Burbach-Konzerns GmbH. nom. 31,5 Mill. Reichsmark, die restlichen nom. 2 Mill. RM. im Portefeuille der Gewerkschaft Beienrode. Die aufgenommenen Kredite betragen 64,3 Mill. RM. Von den Verbindlichkeiten sind über 50 Prozent durch das Stillhalteabkommen geregelt, der Rest entfällt überwiegend auf die dem Konzern befreundeten Banken.

9,9 Milliarden Reichsmark Spartasseneinlagen Ende März. Ende März beliefen sich die Spartasseneinlagen bei den deutschen Spartassen auf 9950 Mill. RM., gegenüber 9987 Mill. Reichsmark Ende Februar 1932. Der Berichtsmont weist mithin eine Abnahme um 37,30 Mill. RM. auf, gegenüber einer Zunahme um 100,49 Mill. RM. im Februar.

Mühlen Franck

die gute Kaffeewürze zu jedem Kaffee!



Machen Sie einen Versuch!

Wenn Sie Mühlen Franck — die gute Kaffeewürze — verwenden, brauchen Sie weniger Kaffee und bekommen trotzdem ein volles, herzhaftes, kräftiges Getränk. Mühlen Franck ist sehr ergiebig, würzkräftig und billig. Ein halbes Pfund kostet 22 Pfennig.

Staatsanzeiger

Losbriefvertrieb.
Dem Hessischen roten Kreuz in Darmstadt wurde die Erlaubnis zum Losbriefvertrieb in Baden erteilt.
Karlsruhe, den 27. April 1932.
Der Minister des Innern.

Befegung des Beirats des Landesjugendamts.
An Stelle des verstorbenen Schulrats Paschang wurde Schulrat Reichel in Karlsruhe für die restliche Amtsdauer des gegenwärtig bestehenden Beirats des Landesjugendamts zum Mitglied dieses Beirats ernannt.

Nach den Mitteilungen der Bezirkstierärzte waren am 1. Mai 1932 im Lande Baden verzeuht mit:

Maul- und Klauenseuche:	
Amtsbezirke:	Gemeinden:
Barrach	Brombach, Hellingen
Mannheim	Mannheim-Nirfchgartshausen
Wiesloch	Wiesloch

Schweinepest:	
Amtsbezirke:	Gemeinden:
Mannheim	Mannheim-Friedrichsfeld, Mannheim-Siedelheim, Oftersheim
Weinheim	Siedelheim

Milzbrand:	
Amtsbezirke:	Gemeinden:
Karlsruhe	Lindenheim
Lahr	Dundenheim, Weizenheim
Stodach	Egelingen
Überlingen	Stippenhäuser

Badisches Statistisches Landesamt.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruhefetzungen usw. der planmäßigen Beamten
Aus dem Bereich des Justizministeriums.

Ernannt:
Landgerichtsdirektor Dr. Richard Engelhardt in Karlsruhe zum Senatspräsidenten am Oberlandesgericht, Land- und Amtsgerichtsdirektor Dr. Hermann Weindel in Heidelberg zum Landgerichtspräsidenten daselbst, Oberregierungsrat Alfred

Stodert im Justizministerium zum Landgerichtspräsidenten in Mosbach, Amtsgerichtsdirektor August Straub in Karlsruhe zum Landgerichtsdirektor daselbst, Oberstaatsanwalt Dr. Franz Weinsheimer in Karlsruhe zum Land- und Amtsgerichtsdirektor in Heidelberg, Erster Staatsanwalt Dr. Eugen Weiskopf in Karlsruhe zum Amtsgerichtsdirektor daselbst, die Hilfsaufseher Otto Kerle beim Erziehungsheim Salzbach, Friedrich, Rudolf Henkel und Karl Arck beim Jugendstift Sannheim in Sinsheim, Hermann Hüb bei den Strafanstalten in Freiburg und Nikolaus Ordnung bei den Strafanstalten in Mannheim zu Aufsehern.

Verziet:

Oberstaatsanwalt Adolf von Dofer in Waldshut nach Karlsruhe, die Gerichtsvorwaller Wilhelm Beck beim Amtsgericht Bretten zum Amtsgericht Karlsruhe, Hermann Trippel beim Amtsgericht Karlsruhe zum Landgericht daselbst, die Justizobersekretäre Ernst Boos beim Amtsgericht Bonndorf zum Amtsgericht Freiburg, Eugen Geig beim Amtsgericht Karlsruhe zum Amtsgericht Bonndorf, Georg Schubert beim Amtsgericht Karlsruhe zum Landgericht daselbst, Justizsekretär August Braun beim Amtsgericht Mannheim zum Notariat daselbst, die Justizassistenten Karl Bug beim Amtsgericht Konstanz zum Landgericht daselbst, Johann Wolf beim Notariat Furtwangen zum Notariat Freiburg und Emil Link beim Amtsgericht Baden-Baden zum Notariat Furtwangen.

Aufbruch zum Muttertag am 8. Mai 1932

Ein harter Winter ist hinter uns. Viel Not, bittere Not war zu tragen. Viel Liebe, große Opferliebe hat gespendet. Oft freilich war es nur wie ein Tropfen Wasser auf einen heißen Stein. Wenn es trotz großer Not immer noch ging, dann nicht zuletzt auch, weil die Mutter immer tapfer blieb, weil sie noch mit letzter Kraft mit dem Kleinsten etwas anzufangen wollte. Oft genug hat sie an sich selbst zuletzt gedacht. Viele Mütter sind nun auch an der Grenze ihrer Leistungen.

Mutterkräfte sammeln und erneuern ist eine der ersten Frühlingsaufgaben des Volkes nach einem solchen Notwinter. Die unterzeichneten konfessionellen Müttervereine haben es sich zur Aufgabe gestellt, in ihren schönen Muttererholungsheimen die verbrauchten Mutterkräfte wieder zu ersehen und zu erneuern. In den Sommermonaten sollen ihre Heime zu Segensquellen werden für unsere erschöpften Mütter. In vielen Fällen wird es nur gehen, wenn die Kosten von karitativer Seite mit übernommen werden. Zu solchen Spenden rufen wir heute auf. Der Muttertag soll allen Gelegenheit bieten, im Dank an die eigene Mutter, erschöpften Müttern zu helfen und zwar durch Ermöglichung der Muttererholung und Mutterferien.

Evangelischer Frauenverband für Innere Mission in Baden
Diözesanverband der christlichen Müttervereine der Erzdiözese Freiburg

C. 17. Karlsruhe. Über das Vermögen der offenen Handelsgesellschaft Nathan Für Nachfolger in Karlsruhe, Benzstraße 19 (Inhaber Albert Schönwälder und Benny Neu in Karlsruhe) wurde am 30. April 1932, vormittags 7, 11 Uhr das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet. Zur Vertrauensperson wurde Rechtsanwalt Otto Geier, hier, Kaiser-

Verzeichnis
der Gewinne für die in Baden abgeführten Lose der **3. Dresdener Frauenkirche-Geldlotterie.**
Gewinne à 5 RM: Nr. 58232.
Gewinne à 3 RM: Nr. 46434, 58067, 58072.
Gewinne à 2 RM: Nr. 39515, 539, 638, 862, 46416, 493, 50615, 642, 58280, 305, 341, 370, 374, 480.
Außerdem entfällt auf die beiden Endziffern: 08, 12, 75, 79 und 97 ein Gewinn von 1 RM. 2.847

N. 945. Bruchsal. Über das Vermögen des Franz Jos. Schreinermeister in Oberdisheim wurde heute nachmittags 18 Uhr Konkurs eröffnet. Konkursverwalter ist Rechtsanwalt Dr. Friedmann in Bruchsal. Konkursforderungen sind bis zum 27. Mai 1932 beim Gericht anzumelden. Termin zur Wahl eines Verwalters, eines Gläubigerausschusses, zur Entschlüsselung über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen ist am Freitag, den 3. Juni 1932, vormittags 10 Uhr, vor dem Amtsgericht, I. Stod, Zimmer Nr. 1. Wer Gegenstände der Konkursmasse besitzt oder zur Masse etwas schuldet, darf nichts mehr an den Gemeinsschuldner leisten. Der Besitz der Sache und ein Anspruch auf abgeforderte Befriedigung daraus ist dem Konkursverwalter bis 27. Mai 1932 anzuzeigen. Bruchsal, den 3. Mai 1932.
Vad. Amtsgericht IV.

Formulare
Liefert preiswert
G. Braun GmbH.
Karlsruhe
Karl-Friedrich-Straße 14

Schlafzimmer

kanadische Birke poliert, komplett 545 RM
Eine erste sidd. Möbelfabrik hat uns erstklassiges Schlafzimmer auf Lager gestellt und uns erjudt, dasselbe für sie zu verkaufen. Das Zimmer besteht aus: 1 sehr schön. Kleiderdress, 3 tüchtig mit vornehm. Wurzelholz abgerundet. Dazu eine Waschkommode mit edel ital. Marmor, 2 Nachttische mit Glas, 2 Bettstellen, 2 Stühle mit Polster. — Beschäftigen Sie bitte unverzüglich dieses sehr schöne Zimmer und Sie werden über den niedrigen Preis angenehm überrascht sein.

Möbel-Palais
Pflüger & Co. G. m. b. H.
Karlsruhe
Kondellplatz



Badisches Landestheater
Samstag, den 7. Mai 1932
Außer Miete
Faust I. Teil
Von Goethe
Regie: Baumbach
Mitwirkende:
Bertram, Ermath, Frauendörfer, Genter, Rademacher, Seiting, Höder, O. Schneider, Siebert, Brand, Dahlen, Ernst, Gemmede, Herz, Hierl, Höder, Kienischer, Kloeble, Luthar, Rehner, P. Müller, Prüter, Schneider, Schulze, Grimm, Kleinbus, Kühr, S. Müller, Schönthal, Seibert, Sonntag

So. 8. 5. Nachmittags: Im weißen Hüh. Abends: Rigoletto. Im Konzerthaus: Keine Vorstellung.

Staats- und Gemeindebehörden

sind unsere Abonnenten. Wollen Sie diese auf Ihre Firma aufmerksam machen, so inserieren Sie in dem offiziellen Organ der bad. Regierung der

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Gemeindesparkasse Plankstadt

Bilanz auf 31. Dezember 1931

Vermögen	RM	Schulden:	RM
1. Kassenbestand	3 252,21	1. Spareinlagen	342 340,32
2. Guthaben b. Girozentrale und Postsparkamt	3 879,27	2. Giro- u. R.-K.-Einlagen	15 901,—
3. Wertpapiere	6 550,—	3. Anlehens- und andere Schulden	17 814,36
4. Wechsel	1 527,—	4. Rücklagen:	
5. Hypothekendarlehen	266 756,57	a) gesetzl. Res.-Fonds	18 771,43
6. Darlehen in laufender Rechnung	46 087,56	b) Reingewinn 1931	4 143,64
7. Schuldscheindarlehen	57 226,83		
8. Gemeinbedarlehen (Zehlbetrag a. d. Aufw.)	3 615,67		
9. Einnahmerückstände	10 074,64		
10. Gerätschaften	1,—		
	398 970,75		398 970,75

Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
8% aus 358 241,32 RM Einlagen 28 659,30 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1931 22 915,07 RM
somit weniger: 5 744,23 RM

Plankstadt, den 27. April 1932. R. 930
Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Der Geschäftsleiter:
Helming, Bürgermeister Geib.

Ortenauer Sparkasse Windschlag

Öffentliche Verbandssparkasse Bilanz auf 31. Dezember 1931

Vermögen:	RM	Verbindlichkeiten:	RM
1. Kassenbestand	2 935,71	1. Spareinlagen	737 840,53
2. Guthaben bei Banken	26 250,90	2. Aufwertungseinlagen	399 838,22
3. Darlehen auf Hypotheken	551 921,91	3. Giroeinlagen	11 042,31
4. Kaufgelder	31 850,—	4. Anlehensschulden	84 365,96
5. Darlehen in laufender Rechnung	2 334,70	5. Rücklagen	40 042,74
6. Darlehen auf Schuldscheine	230 413,25	6. Ausgaberrückstände	155,01
7. Darlehen an Gemeinden	52 391,—	7. Reingewinn	14 733,11
8. Aufwertungsforderungen	345 275,46		
9. Einnahmerückstände	39 882,95		
10. Gerätschaften	4 762,—		
	1 288 017,88		1 288 017,88

Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
5% aus 1 148 721,06 RM = 57 436,05 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 50 775,85 RM
somit weniger 6 660,20 RM

Windschlag, den 22. April 1932. R. 942
Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Der Geschäftsleiter:
Zimmenhuber Denzler

Spar- und Waisenkasse Oberwittstadt

(Öffentliche Sparkasse) Bilanz auf 31. Dezember 1931

Soll	RM	Haben	RM
1. Kassenbestand	4 502,03	1. Spareinlagen	723 478,07
2. Guthaben bei Postsparkamt und Girozentrale	32 156,90	2. Aufwertungseinlagen	274 159,96
3. Wechsel	11 017,31	3. Giroeinlagen	9 973,53
4. Kontokorrentkredite	29 879,84	4. Reservefonds:	
5. Wertpapiere	32 870,—	Stand am 31. 12. 30.	57 051,02
6. Hypothekendarlehen	252 251,—	Sierzu Reingewinn 1931	13 215,70
7. Gemeinbedarlehen	33 508,—		70 266,72
8. Grundstückskaufgelder	197 573,08		
9. Schuldscheindarlehen	164 874,96		
10. Einlage beim Spargiroverband	14 900,—		
11. Aufwertungsforderung	277 195,51		
12. Einnahmerückstände	26 650,64		
13. Gerätschaften	500,—		
	1 077 878,27		1 077 878,27

Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
8% aus 1 007 611,55 RM = 80 608,88 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 70 266,72 RM
Somit weniger 10 342,16 RM

Oberwittstadt, den 9. April 1932. R. 928
Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Der Geschäftsleiter:
Heimberger, Bürgermeister Braun.

Bezirkssparkasse Weil a. Rh.

(Öffentliche Verbandssparkasse) Bilanz per 31. Dezember 1931

RM	RM
1. Kasse 38 207,18	1. Spareinlagen 2 192 974,30
2. Girozentrale, Banken, Postsparkamt 24 434,41	2. Aufwertungseinlagen 404 677,06
3. Wechsel 80 237,85	3. Giro-Kontokorrenteinlage 424 722,01
4. Einlage beim Spargiroverband 63 900,—	4. Anlehen: festes Anlehenkonto 450 000,—
5. Wertpapiere 108 990,73	lfd. Rechn. 308 164,31
6. Zweigstelle 117 825,87	758 164,31
7. Darlehen a. Hypotheken	5. Zweigstelle 117 825,87
Rechnung an Private 441 012,88	6. Reservefonds p. 31. 12. 30 135 657,90
8. Darlehen in laufender Rechnung an Private 216 494,87	7. Reingewinn 1931:
9. Darlehen auf Schuldsch.	Abstreifig. an
10. Darlehen an Reich, Länder und Gemeinden 144 103,40	Immobilien
11. Grundstückskaufschillinge 71 001,60	und Mobilien 5 370,76
12. Lombarddarlehen 2 400,—	Zuweisung an
13. Rückstände 195 247,06	Aufwertungs-
14. Immobilien 282 000,—	Zuschußkonto 5 000,—
15. Mobilien 12 000,—	Zuweisung an
	Reservefonds 5 265,41
	15 636,17
4 039 286,86	4 039 286,86

Gemäß § 10 der Sparkassenordnung muß der Reservefonds 5% der Gesamtsumme der Einlagen betragen also:
5% aus 2 617 696,31 RM = 130 884,80 RM
er beträgt 140 923,31 RM
Differenz: Mehr 10 038,51 RM

Weil a. Rh., den 11. Februar 1932. R. 939
Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Der Geschäftsleiter:
Kraus, Bürgermeister Burgbacher, Direktor.
Der Kontrollleur: Brand.